



Die Polizeireform.2012

Von der Polizei - für die Polizei

SIE fragen – WIR antworten!

Landtags-
Fraktion



Baden-
Württemberg

SPD



Die Polizeireform

Von der Polizei- für die Polizei

**Ziele und
Arbeitsweise**

Landtags-
Fraktion



Baden-
Württemberg

SPD



Übersicht

Themenübersicht

I. Ziele und Arbeitsweise

1. Gründe für die Reform
2. Ziele der Reform
3. Personelle Zusammensetzung des Expertenteams
4. Arbeitsweise
5. Keine Kopie der bayerischen Reform

II. Inhalte der Reform

1. Posten und Reviere
2. Präsidien
3. Bereitschaftspolizei
4. Aus- und Weiterbildung
5. Landeskriminalamt
6. Kriminalpolizei
7. Die Autobahnpolizei
8. Die Wasserschutzpolizei

III. Wirkungen der Reformen für den Einzelnen

1. Zweigeteilte Laufbahn
2. Wirkungen der Reform auf die Beschäftigten
3. Lebensarbeitszeitkonto
4. Nichtvollzugsdienst

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



1. Gründe für die Reform

Dringender Reformbedarf	
Sie fragen	Wir antworten
<p>Warum ist diese Reform überhaupt notwendig? Die Polizei ist doch ein Garant dafür, dass Baden-Württemberg seit langem zu den sichersten Bundesländern gehört.</p>	<p>In den nächsten 10 Jahren gehen 40% unserer Polizistinnen und Polizisten in den Ruhestand. Die Polizei ist ferner chronisch unterfinanziert: 300 Millionen € Investitionsstau, 170 Millionen € fehlten bei der Finanzierung des Digitalfunks und es fehlen aktuell 1000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte - und damit 70 Millionen € pro Jahr. Die langfristige Sicherung erfolgreicher Polizeiarbeit erfordert eine zukunftsfähige, effektive und effiziente Organisation. Wegen der Haushaltslage sind mehr Polizistenstellen nicht zu finanzieren. Das benötigte Personal kann nur durch eine tiefgreifende Änderung der Organisationsstruktur gewonnen werden.</p>

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



1. Gründe für die Reform

Neue Strukturen sind kostengünstiger	
Sie fragen	Wir antworten
Sind die neuen Strukturen denn dann kostengünstiger ?	Es ist fachlich unstrittig, dass Polizeidirektionen (wie bisher) von zwischen 170 und 2200 Polizeivollzugskräften mit denselben Aufgaben mehr finanziellen Aufwand erfordern als 12 annähernd gleich große Polizeipräsidien (wie die Reform sie hervorbringen soll) mit zwischen 1500 und 2200 Polizeikräften, die die gleichen Aufgaben dann mit einem annähernd gleichen Budget erledigen können - ohne Transferaufwand zwischen den Polizeidirektionen - wie bisher. Das spart Geld.

■ 1. Gründe für die Reform

Chronischer Personalmangel und gleiche Strukturen verursachen Reformbedarf	
Sie fragen	Wir antworten
Was funktioniert denn an der derzeitigen Struktur am wenigsten ?	Abgesehen vom chronischen Personalmangel leidet die jetzige Struktur insbesondere darunter, dass in jeder Direktion grundsätzlich die gleiche Struktur unterhalten werden müssen. Kleinere Dienststellen sind vor allem bei schwierigen Lagen überfordert. Durch die Bildung von Präsidien kann es gelingen, Mindeststärken zu bilden und Kompetenzen und Spezialisten zusammenzuführen sowie teure Polizeitechnik zu bündeln .

■ 2. Ziele der Reform

Umschichtung von 650 Stellen des Polizeivollzugsdienstes und 240 Stellen des Nichtvollzugspersonals	
Sie fragen	Wir antworten
Handelt es sich um ein verkapptes Stelleneinsparungsprogramm ?	Nein! Die Strukturreform soll erhebliche Personalreserven für den Einsatz in der Fläche mobilisieren. Es werden sich personelle Verstärkungspotenziale von rund 650 Stellen des Polizeivollzugsdienstes und 240 Stellen des Nichtvollzugspersonals der Polizei mittelfristig erreichen lassen. Dieses Potenzial wird eins zu eins der Polizei erhalten bleiben, damit die Streifen- und Ermittlungsdienste der Polizeireviere und Polizeiposten vor Ort gestärkt und Freiräume für die Kriminalpolizei bei der Bekämpfung neuer bzw. schwerer Kriminalitätsformen geschaffen werden können.

■ 2. Ziele der Reform

Reform von der Polizei- für die Polizei	
Sie fragen	Wir antworten
Wurde die Reform, wie die letzten Reformen, durch die Politik erarbeitet und der Polizei nur mitgeteilt? Handelt es sich also um eine „Gall’sche“ Reform?	Nein. Im Gegensatz zu den Polizeireformen vergangener Jahre handelt es sich bei dieser Reform um eine Reform „Von der Polizei- für die Polizei“ . Sie wurde von einer Projektgruppe aus der Polizei selber erarbeitet. Hierbei wurde explizit nicht auf Parteizugehörigkeit, sondern ausschließlich auf fachliche Qualifikation geachtet . Die Mitglieder der Projektgruppe haben sehr engagiert und fachkundig gearbeitet. Einige der Mitglieder dieser Projektgruppe haben sogar ihre eigenen Posten abgeschafft .

■ 2. Ziele der Reform

Nur eine Vorgabe der Politik an die Projektgruppe: Mehr Polizei in die Fläche	
Sie fragen	Wir antworten
Gab es im Vorfeld politische Zielvorgaben und politische Einflussnahme auf die Arbeit der Projektgruppe?	Nein. Es gab keine politischen Vorgaben . Die einzige fachliche Vorgabe, mit der die Projektgruppe beauftragt wurde, war, dass danach mehr Polizei in der Fläche sein muss. Entscheidend waren alleine polizeifachliche Erwägungen. Alle Auswirkungen dieser Reform wurden von den Expertinnen und Experten monatelang durchdiskutiert und abgewogen und dann mit einem überparteilichen Lenkungskreis abgesprochen und von diesem beschlossen .

■ 2. Ziele der Reform

Kritik der CDU ist heuchlerisch	
Sie fragen	Wir antworten
Die CDU protestiert vehement gegen diese Strukturreform. Ist etwas an ihrer Kritik berechtigt ?	Die Kritik der CDU ist fadenscheinig und heuchlerisch . Die CDU hat in ihrer eigenen Regierungszeit über Jahre hinweg massiven Stellenabbau bei der Polizei betrieben, Reviere zusammengelegt, Posten geschlossen und damit die Polizeiarbeit bis an die Grenze ihrer Handlungsfähigkeit geschwächt. Die CDU sollte lieber Asche auf ihr Haupt streuen, statt sich als Hüter der Polizeipräsenz auf der Straße und im ländlichen Raum aufzuspielen. Die Vorschläge für die jetzige Reform kommen überdies, im Gegenteil zu den Reformen der CDU in den letzten Jahren, aus der Polizei selbst und sind nicht von oben verordnet .

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



■ 2. Ziele der Reform

Kein Einstieg in eine umfassende Verwaltungsreform	
Sie fragen	Wir antworten
Ist diese Polizeistrukturreform der Einstieg in eine umfassende Verwaltungsreform ?	Nein! Die Polizeireform ist eine reine Fachreform und ein eigenständiges Projekt mit dem Ziel, effektivere Strukturen zu schaffen und die Präsenz der Polizei in der Fläche zu stärken . Die Aufgabenerledigung der Landratsämter ist durch die Polizeireform nicht berührt.

3. Personelle Zusammensetzung des Expertenteams

Mitglieder der Projektgruppe	
Sie fragen	Wir antworten
Wer ist in der Projektgruppe alles vertreten?	<p>In der Projektgruppe sind viele hochrangige Polizistinnen und Polizisten sowie Polizeiexpertinnen und Polizeiexperten.</p> <p>Projektleitung: Leitender Kriminaldirektor Martin Schatz, (Innenministerium) Polizeiberrat Josef Veser, (Innenministerium) Kriminaloberrat Frank Spitzmüller (Innenministerium) Polizeioberkommissar Simon Bihl (Polizeidirektion Rottweil) Abteilungspräsident Christian Nil (Regierungspräsidium Stuttgart) Leitender Polizeidirektor Ekkehard Falk (Regierungspräsidium Tübingen) Leitender Poilzeidirektor Detlef Werner (Regierungspräsidium Karlsruhe) Leitender Polizeidirektor Michael Gehri (Polizeidirektion Lörrach) Leitender Polizeidirektor Franz Lutz (Poilzeidirektion Reutlingen) Leitender Kriminaldirektor Klaus Ziwey, Landeskriminalamt Polizeidirektor Hans- Jörg Barth, Bereitschaftspolizeipräsidium BW) Kriminaldirektorin Mechthild Mayer (Polizeidirektion Ludwigsburg) Regierungsdirektorin Sandra Zarges (Polizeipräsidium Stuttgart) Erster Polizeihauptkommissar Hans- Peter Teufel (Polizeidirektion Calw) Prof. Alexander Pick (Hochschule für Polizei Villingen- Schwenningen) Leitender Kriminaldirektor Peter Egetemaier (Akademie der Polizei Freiburg) Dr. Marcus Majumdar (Akademie der Polizei Freiburg) Leitender Polizeidirektor Joachim Lautensack (Hauptpersonalrat der Polizei)</p>

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



3. Personelle Zusammensetzung des Expertenteams

Mitglieder des Lenkungskreises	
Sie fragen	Wir antworten
Wer ist im Lenkungskreis vertreten?	<p>Die Arbeit der Projektgruppe wurde fachlich durch einen hochrangig besetzten Lenkungsausschuss unter der Leitung von Herrn Ministerialdirektor Dr. Herbert O. Zinell (Innenministerium Baden- Württemberg) begleitet. Er besteht aus:</p> <p>Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner, Regierungspräsidium Karlsruhe Landrat Günther- Martin Pauli MdL, Zollernalbkreis Oberbürgermeister Dr. Dieter Salomon, Stadt Freiburg im Breisgau Landtagsdirektor Hubert Wicker, Landtagspräsidium BW Ministerialdirigent Reiner Moser, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft BW Rechnungshofdirektorin Ria Taxis, Rechnungshof BW Landespolizeipräsident Dr. Wolf Hammann, Innenministerium BW Leitender Ministerialrat Werner Oßwald, Innenministerium BW Inspekteur der Polizei Gerhard Klotter, Innenministerium BW Landeskriminaldirektor Hartmut Grasmück, Innenministerium BW Polizeiberrat Thomas Berger, Leiter Zentralstelle Innenministerium BW Polizeidirektor Franz Semling, Staatsministerium BW</p>

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



4. Arbeitsweise

Zeitplan ermöglicht breite Beteiligung	
Sie fragen	Wir antworten
Warum hat man nicht gleich die Standorte bekannt gegeben? Warum werden die Eckpunkte jetzt überall diskutiert?	Die Reform basiert bisher ausschließlich auf polizeifachlichen Gesichtspunkten . Der Innenminister will die Eckpunkte in den nächsten Wochen mit Polizei und Politik besprechen. Dazu gehören auch vier Regionalkonferenzen , an denen jeder Polizistin und jeder Polizist teilnehmen und seine Meinung kund tun kann. Bis Ostern wird dann auf Grundlage der Eckpunkte und unter polizeifachlichen und infrastrukturellen Aspekten über die konkreten Flächenzuschnitte und die Standorte der künftigen regionalen Polizeipräsidien entschieden- unter Berücksichtigung bestehender Stadt- und Landkreisgrenzen. Eine breite Beteiligung ist Ausdruck des neuen Politikstils und wichtig für die Akzeptanz der Ergebnisse.

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



SPD

4. Arbeitsweise

Zeitpunkt der Umsetzung- Polizei wächst in Struktur hinein

Sie fragen

Wir antworten

Wird die Reform mit dem 01.01.2013 **schlagartig alles verändern?**

Nein. Die Polizei hat Zeit, in die neue Struktur **hinein zu wachsen**. In wenigen Jahren gehen mehr als 40% der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Rente. Die daraus sich ergebenden **Umschichtungspotentiale** werden zur Umsetzung der Reform benützt werden. Eine gewisse **zeitliche Flexibilität** sorgt auch dafür, dass die Folgen der Reform für die wenigen negativ von der Reform betroffenen Beamtinnen und Beamten vermieden oder abgemildert werden können.

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



4. Arbeitsweise

Zeitplan - Konkretisierung der Eckpunkte um Ostern

Sie fragen

Steht jetzt schon **exakt fest**, welche Stellen **zukünftig welche Aufgaben übernehmen** werden, insbesondere, was die neuen **Präsidien** angeht?

Wir antworten

Nein. Der oder die neue Polizeipräsident/in bekommt **sehr großen Spielraum** bei der Frage, **welche Aufgaben die Polizei vor Ort belässt** und **welche ins Präsidium wechseln**. Dies betrifft sowohl die Prävention, die Zusammenarbeit mit Schulen als auch die Kriminalpolizei, sowie beispielsweise die Hundestaffeln. Sicher ist nur: Die **Leitungsaufgaben werden zukünftig im neuen Präsidium stattfinden**. Diese Beamtinnen und Beamte werden umziehen müssen – sie sind aber für die Sicherheitslage der Menschen im Landkreis nicht von Belang. Diese **Verlagerung spart dem Steuerzahler** - nach der Umsetzung und auf der Strecke - aber **erhebliches Geld**; dies schon allein durch die Reduktion der Leitungsaufgaben auf 12 Präsidien.

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



4. Arbeitsweise

Einbeziehung der Interessenvertreter

Sie fragen

Hat die Projektgruppe auch die **Interessenvertreter in der Polizei** mit einbezogen?

Wir antworten

Selbstverständlich. Den verschiedenen Interessengruppen in der Polizei wurde Gelegenheit zur Darstellung ihrer jeweiligen Positionen gegeben. Stellungnahmen wurden berücksichtigt von: Deutsche Polizeigewerkschaft (**DPoIG**) BW, Gewerkschaft der Polizei (**GdP**) BW, Bund Deutscher Kriminalbeamter (**BDK**) BW, **Hauptschwerbehindertenvertretung** der Polizei beim Innenministerium BW, **Landesarbeitsgruppe** Demokratie, Recht, Innere Sicherheit und Migranten von **Bündnis 90/ die Grünen**, **Polizeibeirat** der **SPD** BW, **Arbeitskreis Polizei** BW der **CDU**.

Es hatte ferner **jede Polizistin und jeder Polizist** die Möglichkeit, per E-Mail oder über **POLIZEI-ONLINE** Ideen an das Projektbüro zu übermitteln.

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



5. Keine Kopie der bayerischen Reform!

Die Polizeistrukturereform wurde für Baden- Württemberg erarbeitet

Sie fragen

Handelt es sich bei der Reform um eine **Kopie** der **bayerischen Strukturreform**?

Wir antworten

Nein! Würde man die bayerische Reform auf Baden-Württemberg übertragen, gäbe es statt den geplanten 12 Polizeipräsidien **nur 5 Polizeipräsidien**. Es erfolgte ein **Informationsbesuch** einer Delegation der Projektgruppe in Bayern, anlässlich dessen auch die negativen Seiten der bayerischen Reform analysiert wurden, damit die Baden-Württembergische Reform **keine Fehler wiederholt**. Die jetzige Reform **ist exakt auf baden- württembergische Verhältnisse zugeschnitten**.

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg





Die Polizeireform

Von der Polizei- für die Polizei

Inhalte der Reform

Landtags-
Fraktion



Baden-
Württemberg

SPD

1. Posten und Reviere

Keine Veränderung in der Strukturen der Polizeireviere und Polizeiposten

Sie fragen

Wir antworten

Wieviele **Posten** und **Reviere** werden **geschlossen**?

Gar keine! Grundsätzlich sollen die **Strukturen der** nahezu 150 **Polizeireviere** (Leitung, Dienstgruppe, Bezirksdienst, Polizeiposten) mit den knapp 360 Polizeiposten **beibehalten werden**. Es werden also **keine** Posten und Reviere **geschlossen** - anders als bei der letzten Reform, als **die ehemalige Landesregierung über 200 Posten** geschlossen hatte. Einen Großteil der Polizistinnen und Polizisten betrifft die Reform also gar nicht direkt.

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg





2. Präsidien

Verschlankung in der Leitungsebene	
Sie fragen	Wir antworten
An welcher Stelle in der Polizei wird die Strukturreform die größte Wirkung zeigen?	Für die Bürgerinnen und Bürger sind schnelle und kompetente Reaktionen entscheidend , wenn die Polizei gebraucht wird - und nicht die Nähe zu der polizeilichen Leitungsebene. Die Strukturreform beinhaltet daher zunächst eine Verschlankung der Leitungsebene . Durch die Verschmelzung der Landespolizeidirektionen mit den Polizeipräsidien bzw. Polizeidirektionen zu zwölf vergleichbar leistungsstarken regionalen Polizei- präsidien wird die Polizei dahin gebracht, wohin sie gehört - auf die Straße . Die gegenwärtige kleinteilige Struktur bindet zu viel Personal in Führung und Administration. Bei den derzeit 37 Polizeipräsidien und Polizeidirektionen gibt es ferner eine unausgewogene Leistungsfähigkeit und mangelnde Flexibilität.

■ 2. Präsidien

Verschlinkung der Leitungsebene- Präsidien

Sie fragen

Wie genau verändern sich denn jetzt **die Strukturen** der Präsidien? Was ist mit den Regierungspräsidien?

Wir antworten

Die **vier Landespolizeidirektionen der Regierungspräsidien** Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen werden mit den 37 Polizeipräsidien und Polizeidirektionen zu **zwölf regional zuständigen Polizeipräsidien verschmolzen** und **unmittelbar dem Landespolizeipräsidium im Innenministerium nachgeordnet**. Diese zwölf vergleichbar leistungsstarken regionalen Polizeipräsidien mit **jeweils einer nachgeordneten** Direktion **Polizeireviere**, Direktion **Kriminalpolizei** und Direktion **Verkehrspolizei**, sowie einem **professionellen Führungs- und Lagezentrum** für die Bearbeitung von Notrufen und Maßnahmen zur Einsatzsteuerung sollen künftig das Rückgrat und die konzentrierte Leitungskompetenz der baden-württembergischen Polizei bilden.

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



■ 2. Präsidien

Keine zentralen Kolosse	
Sie fragen	Wir antworten
Werden die Polizeipräsidien zentrale Kolosse sein?	Nicht notwendigerweise. Vielmehr wird dies noch in der Umsetzung entschieden werden. Einzelne Organisationseinheiten können auch dezentral angesiedelt werden, die Präsidien werden also keine riesigen Kolosse . Es besteht aber auch, beispielsweise für das Polizeipräsidium Stuttgart, die Option, zentrale Strukturen einzurichten bzw. beizubehalten.

■ 2. Präsidien

Zwölf Präsidien sind die richtige Anzahl	
Sie fragen	Wir antworten
Wie kam die Projektgruppe auf zwölf Präsidien ? Könnten es auch mehr oder weniger sein?	Die Projektgruppe hat auch Modelle geprüft, nach denen weniger oder mehr Präsidien geschaffen werden würden , wobei mit Varianten von acht bis achtzehn gerechnet wurde. Mehr als zwölf Präsidien wurden jedoch wirtschaftlich als nicht sinnvoll erachtet, da die zu erzielenden Synergieeffekte dadurch wesentlich geschmälert werden. Gleiches gilt im umgekehrten Fall für weniger als 12 Präsidien.

■ 2. Präsidien

Konkrete Reforminhalte- Veränderungen bei den Präsidien	
Sie fragen	Wir antworten
Gibt es ein Präsidium „Einsatz“?	Ja. Ein neues zentrales Polizeipräsidium Einsatz wird die Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei sowie alle Spezialeinheiten des Landes , die Polizeihubschrauberstaffel und die Wasserschutzpolizei bündeln . Dies beinhaltet die Auflösung des Bereitschaftspolizeipräsidiums mit den nachgeordneten fünf Bereitschaftspolizeidirektionen. Dadurch steht landesweit ein zentrales Polizeipräsidium zur Verfügung , das den regional zuständigen Polizeipräsidien, dem Landeskriminalamt sowie gegebenenfalls den Polizeien des Bundes und anderer Länder sämtliche einsatzunterstützenden Kompetenzen für den Ernstfall aus einer Hand bieten könne .

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



■ 2. Präsidien

Präsidium Technik, Logistik und Service	
Sie fragen	Wir antworten
Muss nicht auch im Bereich Technik, Logistik und Service nachgerüstet werden?	Ja. Es gilt, die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Aufgaben mit der Vielzahl über das Land verteilten Standorte im Bereich der kostenintensiven Polizeitechnik bzw. sich rasch wandelnder Informations- und Kommunikationstechnik zu bündeln. Hierzu wird ein Präsidium Technik, Logistik, Service aufgebaut, das die technischen Aufgaben für die Entwicklung, Koordination und Beschaffung polizeilicher Führungs- und Einsatzmittel sowie Kommunikationstechnik integriert.

■ 3. Bereitschaftspolizei

Bereitschaftspolizei	
Sie fragen	Wir antworten
Was ist mit der Bereitschaftspolizei ? Warum die Trennung von Einsatz und Ausbildung?	Eine Trennung von Einsatz und Ausbildung soll zum einen dazu dienen, innerhalb der Polizei die gesamte Ausbildung und Fortbildung bei einem Träger zusammen zu führen . Dies gewährleistet in allen Phasen der beruflichen Entwicklung eine Aus- und Fortbildung „aus einem Guss“ . Die Einsatzeinheiten befinden sich in der derzeitigen Struktur oftmals an Standorten, welche relativ weit entfernt von den Einsatzschwerpunkten liegen . Durch die neue Struktur werden diese Effizienzverluste ausgeglichen. Darüber hinaus werden die Einheiten der Bereitschaftspolizei mit anderen Einheiten aus dem Einsatzbereich unter einem Dach zusammengefasst. Dies spiegelt in vielen Fällen die Realitäten in der Zusammenarbeit im dienstlichen Antrag wider.

4. Aus- und Weiterbildung

Präsidium Bildung und Personalgewinnung	
Sie fragen	Wir antworten
Was ist mit Bildung und Personalgewinnung ?	Auch hier wird ein Präsidium eingerichtet. Die polizeiliche Organisation von Aus- und Fortbildung sowie die Nachwuchsgewinnung mit den drei Bildungseinrichtungen (Polzeischulen der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg, Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen und Akademie der Polizei Baden-Württemberg) werden zu einem einheitlichen Bildungsträger (Präsidium Bildung und Personalgewinnung) mit deutlich weniger als den bisher acht Standorten zusammengefasst .

4. Aus- und Weiterbildung

Schließung der Außenstelle in Wertheim wird vor Ostern entschieden

Sie fragen

Wir antworten

Wird die Außenstelle in **Wertheim** geschlossen?

Ob die Außenstelle der Akademie der Polizei in Wertheim geschlossen wird, ist noch nicht klar und wird **erst in der Umsetzungsphase beschlossen**. Allerdings hat die **Projektgruppe Einsparpotentiale ungefähr in der Größe der Außenstelle in Wertheim** erarbeitet. Die deutliche Reduzierung der Zahl der Standorte und die Bündelung von Stabs- und Verwaltungseinheiten lassen nicht unerhebliche Synergien erwarten. Außerdem bietet der Reformschritt vielfältige Chancen zur weiteren Verbesserung der qualitativ hochwertigen polizeilichen Bildungsarbeit in Baden- Württemberg.

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



■ 5. Landeskriminalamt

Aufgaben des Landeskriminalamtes	
Sie fragen	Wir antworten
Was ändert sich beim Landeskriminalamt ?	Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg wird weiterhin die kriminalpolizeilichen Zentralstellen- und Serviceaufgaben sowie originäre Ermittlungsaufgaben wahrnehmen. Dies betrifft insbesondere herausragende Delikte der politisch motivierten Kriminalität, Organisierter Kriminalität beziehungsweise Wirtschaftskriminalität.

■ 5. Landeskriminalamt

Landeskriminalamt	
Sie fragen	Wir antworten
Wurde nicht eben erst das Landeskriminalamt im Kampf gegen die Cyberkriminalität aufgerüstet?	<p>Ja. Mit der Einrichtung einer Abteilung für Cyberkriminalität beim Landeskriminalamt wird die Fachkompetenz von über 60 Ermittlerinnen und Ermittlern, IT-Expertinnen und Experten und Ingenieurinnen und Ingenieuren zusammengeführt, um professionell und kompetent gegen Cyberkriminelle vorgehen zu können. Ermittlungen, Auswertungen, Internetrecherchen, IT-Beweissicherung und die Telekommunikationsüberwachung werden somit zentral an einem Ort gebündelt. In Baden-Württemberg steht damit den Dienststellen des Landes und den Sicherheitsbehörden der anderen Bundesländer und des Bundes ein zentraler, kompetenter Ansprechpartner zur Bekämpfung der Cyberkriminalität zur Verfügung. Dies ist dringend notwendig, da Kriminelle in der virtuellen Welt des Internets Hochkonjunktur haben - die Cyberkriminalität boomt.</p>

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



■ 6. Kriminalpolizei

Landeskriminalamt	
Sie fragen	Wir antworten
Was genau ändert sich denn bei der Kriminalpolizei ?	In der Fläche wird es zusätzlich zu den künftig leistungsstarken und nahezu allen Fallkonstellationen gewachsenen Kriminalpolizeien noch Kriminalkommissariate geben, die während der Dienstzeit die kriminalpolizeilichen Aufgaben in der Fläche erfüllt. Die Kriminalpolizei insgesamt wird auf die Ebene einer Direktion gehoben und somit organisatorisch aufgewertet . Sie soll im Hinblick auf neue Deliktsfelder (Cyberkriminalität, Organisierte Kriminalität, Extremismus) für künftige Aufgaben vorbereitet sein. Eine Bündelung der kriminalpolizeilichen Kompetenz ist auch im Hinblick auf den Technikeinsatz unbedingt erforderlich .

■ 6. Kriminalpolizei

Landeskriminalamt	
Sie fragen	Wir antworten
Bedeutet die Auflösung der Kriminalaußenstellen nicht eine Schwächung des ländlichen Raumes?	Nein! Die Auflösung der Kriminalaußenstellen bringt zwar für die Betroffenen sicher eine gewisse Unsicherheit und evtl. auch Belastungen. Die Bürgerinnen und Bürger werden von der Auflösung der Kriminalaußenstellen in ihrer Wahrnehmung von Polizei jedoch kaum Notiz nehmen . Im Hinblick auf neue Herausforderungen in der Kriminalitätsbekämpfung wird sich die kriminalpolizeiliche Arbeit durch die Umstrukturierung der Kriminalpolizei und die Einrichtung des Kriminaldauerdienstes verbessern .

6. Kriminalpolizei

Der Kriminaldauerdienst als Stärkung des ländlichen Raumes

Sie fragen

Wir antworten

Was ist der
Kriminaldauerdienst?

Künftig sollen bei den zwölf Kriminalpolizeidirektionen der regionalen Polizeipräsidien sogenannte **Kriminaldauerdienste** eingerichtet werden. Damit stehen **Schutz- und Kriminalpolizei der Bevölkerung rund um die Uhr zur Verfügung**. Es kann künftig für jeden Fall ein Spezialist entsendet werden - im Gegensatz zum jetzigen Zustand, wo oft nur Generalisten zur Verfügung stehen. Das bedeutet gegenüber dem momentanen Zustand eine **deutliche Stärkung der Fläche und des ländlichen Raumes**. Die Beibehaltung der Posten und Reviere ist auch ein deutliches Zeichen in diese Richtung - für die Bürgerinnen und Bürger zählt, **wie viel Polizei sie auf der Straße sehen und nicht die Nähe zur polizeilichen Führungsebene!**

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



■ 7. Die Autobahnpolizei

Autobahnpolizei kommt in Verkehrspolizeidirektionen	
Sie fragen	Wir antworten
Welchen Stellenwert hat künftig die Autobahnpolizei ? Was ist mit der Verkehrspolizei ?	Künftig wird jedes Polizeipräsidium eine Verkehrspolizeidirektion für den Bereich spezialisierter verkehrspolizeilicher Aufgaben in der Fläche und auf den Bundesautobahnen haben. Die spezialisierte Verkehrsüberwachung wird unter Berücksichtigung spezifischer Ermittlungskapazitäten und der Einrichtung verteilter Standorte im Einzelfall im Präsidialbereich gebündelt, einschließlich der Zuständigkeit auf Bundesautobahnen. Die Verkehrsunfallaufnahme für komplexe Unfälle wird unter Berücksichtigung möglicher Rufbereitschaftsdienste für den jeweiligen Präsidialbereich einschließlich der Bundesautobahn zentralisiert . Die Leitung der Verkehrspolizeidirektion hat die unmittelbare Führung über alle Dienstgruppen und die BAB- Fahndung (die Anbindung der BAB- Fahndung unter Zuordnung zur Kriminalpolizeidirektion ist optional möglich).

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



8. Wasserschutzpolizei

Wasserschutzpolizei im Präsidium „Einsatz“

Sie fragen

Warum ist die **Wasserschutzpolizei im Präsidium „Einsatz“** angesiedelt? Die Autobahnpolizei ist doch auch nicht dort angebunden.

Wir antworten

Vor dem Hintergrund der **komplexen Aufgaben** der **Wasserschutzpolizei**, der **spezifischen** Rechtsgebiete und der **geringen Nähe** zur **allgemeinen polizeilichen Aufgabenwahrnehmung** bei einer regionalen Dienststelle erachtete es die Projektgruppe für sachgerecht, den Grundsatz der weitgehenden Wahrnehmung aller polizeilichen Aufgaben durch die regionalen Basisdienststellen zu **durchbrechen** und die Wasserschutzpolizeistationen unter Bildung einer Wasserschutzpolizeidirektion **in das Polizeipräsidium Einsatz zu integrieren**. Die Leitungsaufgaben des bisherigen Referats 67 (Wasserschutzpolizei) der Landespolizeidirektion Karlsruhe sollen mit umfasst werden; Dienst- und Fachaufsicht über die Wasserschutzpolizei wären damit an einer Stelle konzentriert.

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg





Die Polizeireform

Von der Polizei - für die Polizei

**Wirkung der
Reform für den
Einzelnen**

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



SPD

■ 1. Zweigeteilte Laufbahn

Zweigeteilte Laufbahn	
Sie fragen	Wir antworten
Was ist denn die zweigeteilte Laufbahn ?	<p>Eine Legaldefinition des Begriffs "zweigeteilte Laufbahn" gibt es nicht. Gemeint ist damit, dass die Aufgaben der Schutzpolizei - von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen - dem gehobenen und höheren Dienst zuzuordnen sind. Dies bedeutet die Abkehr von der bisherigen Struktur mit drei Laufbahnen (mittlere, gehobene, höhere) durch die Abschaffung des mittleren Dienstes bei der Polizei.</p> <p>Wie dies genau umgesetzt wird, wird derzeit geprüft. Im Ergebnis sollen jedoch langfristig alle Beamten, die heute noch im mittleren Dienst sind, in den gehobenen Dienst überführt werden. Auch zukünftig sollen Anwärter mit einem mittleren Bildungsabschluss eingestellt werden. Diese sollen aber bei Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen (u.a. Erwerb der Fachhochschulreife) die Garantie erhalten, dass sie in den gehobenen Dienst aufsteigen. Ob und inwieweit hierfür die Ausbildung zu ändern ist, wird ebenfalls derzeit geprüft.</p> <p>Bei der Kriminalpolizei wurde in den letzten Jahren der Stellenanteil des mittleren Dienstes im Zuge des Besoldungsstrukturprogramms sukzessive reduziert, so dass dort seit 2004 faktisch die zweigeteilte Laufbahn besteht.</p>

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



■ 1. Zweigeteilte Laufbahn

Zweigeteilte Laufbahn	
Sie fragen	Wir antworten
Wie soll die zweigeteilte Laufbahn finanziert werden?	Die Polizeireform soll unter anderem dazu dienen, möglichst einen Beitrag zur Finanzierung der zweigeteilten Laufbahn zu erbringen.

2. Wirkungen der Reform auf Beschäftigte

Keine betriebsbedingten Kündigungen	
Sie fragen	Wir antworten
Wird es betriebsbedingte Kündigungen geben?	Nein! Jede und jeder kann seinen Arbeitsplatz behalten oder einen vergleichbaren bekommen. Es wird keine Veränderungen bei den Arbeitsverträgen geben. Die Grenze von 30 Kilometern, die als Obergrenze für eine zumutbare Fahrstrecke gerüchteweise kursiert, kann nur eine Faustregel darstellen, zwingende Vorgabe ist sie nicht. Es handelt sich um eine Vorschrift aus dem Reisekostenrecht. Um persönliche Härten zu vermeiden , sollen die Fahrstrecken der Beamtinnen und Beamten aber so kurz wie möglich gehalten werden.

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg



2. Wirkungen der Reform auf Beschäftigte

Individuelle Lösungen für Standorte	
Sie fragen	Wir antworten
Wie wird denn festgelegt, welche Beamtinnen und Beamten zukünftig an welcher Dienststelle arbeiten?	Es wird eine Umfrage unter den Beschäftigten geben, also ein Interessenbekundungsverfahren , um herauszufinden, welche Präferenzen sie für ihre zukünftigen Dienstorte haben. Diese werden, wenn es irgendwie möglich ist, berücksichtigt . Die Umfrage kann allerdings erst dann erfolgen, wenn alle zukünftigen Standorte nach Ostern feststehen.

■ 3. Lebensarbeitszeitkonto

Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird restriktiv gehandhabt	
Sie fragen	Wir antworten
Ist es auch in Zukunft möglich, bei Erreichen des Rentenalters zwei Mal um jeweils ein Jahr zu verlängern und dabei 10% Gehaltszuschlag zu bekommen?	Ja. Grundsätzlich ändert die Reform an dieser Möglichkeit nichts. Allerdings wird diese Möglichkeit gerade während der Umsetzungsphase der Reform restriktiv gehandhabt werden müssen, um Stellenumschichtungen zu ermöglichen und, wie es die kollegiale Solidarität gebietet, den polizeilichen Nachwuchs zu fördern. Letztlich ist aber immer der Einzelfall maßgeblich.

4. Nichtvollzugsdienst

Individuelle Lösungen im Nichtvollzugsdienst

Sie fragen

Wird der **Nichtvollzugsdienst von der Reform benachteiligt**? Viele Angehörige des Nichtvollzugsdienstes sind **Teilzeitbeschäftigte** und werden in Zukunft **zu lange Anfahrtswege** haben.

Wir antworten

Der Nichtvollzug erbringt hervorragende Leistungen. **Niemand wird wegen dieser Reform seinen Arbeitsplatz verlieren**, es wird deswegen **keine betriebsbedingten Kündigungen** geben. Es ist geplant, alle durch Renteneintritte, Beförderungen u.ä. möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um **persönliche Härten** weitestgehend **zu vermeiden**. In besonderen Härtefällen müssen **Einzelfallentscheidungen** getroffen werden. Im Übrigen hat der Innenminister dafür gesorgt, dass durch den Haushalt für 2012 **zukünftig mehr Beförderungen** im Nichtvollzugsdienst möglich werden, als dies bisher der Fall war.

Landtags-
Fraktion

Baden-
Württemberg

